Berichtsvorlage
H/027/2024

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Bau- und Vergabeausschuss	18.07.2024	öffentlich	Bericht

Betreff:

Gebäudeenergiegesetz (GEG), Novellierung 2024
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des neuen Paragrafen 71 a bei städtischen Gebäuden

Anlagen:
Bericht GEG 71a GA
Antrag BÜNDNIS90-DIE GRÜNEN

Bericht:

Die Anfrage der Faktion B90/Grüne bezieht sich auf die in der Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) 2024 neu aufgenommenen Paragrafen 71 „Anforderungen an eine Heizungsanlage“, insbesondere auf „§ 71 a Gebäudeautomation“.

Das GEG stellt hierbei erstmals Anforderungen an Gebäudeautomatisationssysteme für Nichtwohngebäude.

Im beiliegenden Bericht werden die GEG-Anforderungen zusammengefasst beschrieben sowie dargelegt, wie das Hochbauamt derzeit Strategien und Instrumenten weiterentwickelt, um den funktionalen und energieeffizienten Betrieb von Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung, sowohl bei Neubau - aber auch bei Sanierungsprojekten - sicherzustellen und wie die neuen Anforderungen des GEG 2024 umgesetzt werden sollen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☒ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☐ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☒ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☒ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Da keine Auswirkungen auf Chancengleichheit und bestimmte Personengruppen zu erwarten sind, ist das Vorhaben nicht diversity-relevant.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐